

die gleichen Politiker zur Privatisierung. Sie stehen sich aus der Verantwortung oder vertreten die Interessen ihrer privatwirtschaftlichen Klientel. Die Zeche zahlen Bürger und Beschäftigte, die nun im Bereich der Daseinsvorsorge dem Profitinteresse eines privaten Investors ausgeliefert sind.

Gibt es wirklich nur diese Alternativen? Natürlich nicht, ein öffentliches Unternehmen kann, unter den richtigen Voraussetzungen, genauso effektiv und für den Bürger preiswerter arbeiten wie ein ausschließlich profitorientiertes Unternehmen. Aber unsere Politiker sind selten bereit, diese Voraussetzungen zu schaffen, weil sie der Ideologie des „freien Marktes“ erlegen sind.



### Und die Zukunft?

Wir treten entschieden gegen weitere Privatisierungen auf. Bahn, Häfen, öffentlicher Personennahverkehr, Stadtwerke und Krankenhäuser müssen öffentlich bleiben. Daseinsvorsorge und Kultur für alle Menschen können nicht kostendeckend betrieben werden. Zur Wahrnehmung nicht kostendeckender Aufgaben müssen die öffentlichen Haushalte besser ausgestattet werden. Dabei sind Großverdiener und florierende Unternehmen zuerst zu belasten.

Perspektivisch stellen wir uns die Rückführung bereits privatisierten öffentlichen Eigentums in kommunales Eigentum vor. Dabei möchten wir aber die direkte Steuerung und Kontrolle der

dann wieder kommunalen Betriebe durch die Bürgerinnen und Bürger sicher stellen. Deswegen sollen kommunale Betriebe zukünftig in kollektives Eigentum aller in unserer Stadt ansässigen Bürgerinnen und Bürger überführt werden.

Die Steuerung und Kontrolle dieser Betriebe soll mittelbar durch alle Bürgerinnen und Bürger vorgenommen werden. Dazu sollen in Eigentümerversammlungen in den Stadtbezirken jederzeit abwählbare EigentümervertreterInnen demokratisch gewählt werden. Darüber hinaus fordern wir die paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten der rekommunalisierten Betriebe. Versammlungen der Eigentümer- und BeschäftigtenvertreterInnen sollen zukünftig alle wichtigen unternehmerischen Entscheidungen treffen und die leitenden Angestellten wählen.



Rabe Krefeld, die Rot ALternative BEwegung Krefeld, ist ein Bündnis linker Parteien, Organisationen und Einzelpersonen.

[www.rabe-krefeld.de](http://www.rabe-krefeld.de)

v.i.S.d.P. Ulrich Knur, Raderfeld 100, 47807 Krefeld

# Privatisierung - ~~eine~~ keine clevere Idee!



## Was jeder über Privatisierungen wissen sollte

### Sicherheit nur noch gegen Bares?

Es heißt, durch Privatisierung wird alles besser und billiger. Dann ließen sich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit garantiert noch billigere Spezialisten finden. Für die Sicherheit des Einzelhandels könnte doch die Mafia gegen ein Schutzgeld sorgen. In ärmeren Wohnvierteln lassen sich wahrscheinlich Jugendgangs für Ruhe und Ordnung auf den Straßen engagieren. Als Bezahlung können die Gangs bei den Anwohnenden eine Kopfpauschale kassieren. Der Phantasie soll-

ten zur Kostensenkung schließlich keine Grenzen gesetzt werden!

Bereits immer mehr öffentliche Leistungen, u.a. die Daseinsvorsorge, aber auch die öffentliche Sicherheit, werden privatisiert. Darum haben bis heute sowohl die Kommunen, die Länder als auch die Bundesrepublik polizeiliche Aufgaben an Sicherheitsfirmen abgegeben.

Die Überwachung der Innenstädte und einzelner Plätze, bzw. Wohnviertel durch kommerzielle Sicherheitsfirmen wird zunehmend ausgebaut. In Krefeld stehen z.B. der HBF, der Theaterplatz und das „Hansacentrum“ unter der Kontrolle privater Sicherheitsfirmen. Der deutsche Einzelhandel bezahlt nach eigenen Angaben mindestens 80 private „City-Streifen“ in den Innenstädten der BRD.



### Was spricht gegen Privatisierung?

**Privatisierung ist Ausverkauf, Demokratieabbau und kulturelle Enteignung.** Das öffentliche Eigentum wurde in mehr als vier Generationen und von vielen Millionen Menschen durch ihre physische Kraft und durch enorme öffentliche Mittel aufgebaut. Das für kurzfristige Geldvorteile zu verschleudern, ist nicht zu verantworten. Und der Rest an demokratischer Steuerung wird gleich mit verkauft.



### Privatisierung ist Abbau der Daseinsvorsorge.

Wasser- und Energieversorgung, Gesundheit, Altersversorgung, Ausbildung, Bildung und Kultur, all das gehört zur unserer Daseinsvorsorge. Werden diese Bereiche in „private Hände“ gegeben, bedeutet das, die Gewinnerzielung wird hier als erstes Ziel eingeführt und nicht mehr die Vorsorge für die Menschen. Das darf nicht sein.

**Privatisierung ist Teil der fortgesetzten sozialen Ausgrenzung.** Jeder Abbau von Daseinsvorsorge und jede Unterwerfung dieses Bereichs unter das Prinzip der Profitmaximierung ist eine wachsende Ausgrenzung von „schwachen“ Menschen. Private Betreiber müssen einfach die Kunden besonders im Blick haben, die etwas hereinbringen. Wer aber den Blick auf die richtet, denen der Geldbeutel locker sitzt, richtet ihn weg von denen, die arm sind. Das ist Ausgrenzung und verletzt in der Konsequenz die Menschenwürde.

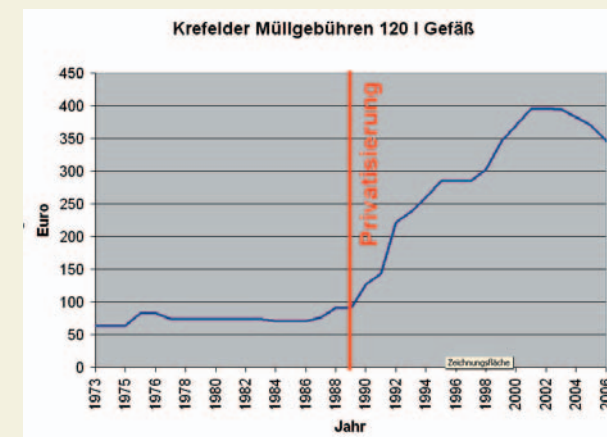
**Privatisierung ist die Zerstörung gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze.** Überall wo privatisiert wird, werden Arbeitsplätze abgebaut. Das ist konsequent, denn wenn der Gewinn an die erste Stelle gesetzt wird, werden die Arbeitenden nur zu „Kostenfaktoren“. Und die sind zu minimieren. Arbeitsplatzabbau, Verdichtung der Arbeit und mehr Arbeitshetze folgen unmittelbar. Die Arbeit wird für die, die sie tun, immer unbefriedigender.

**Privatisierung senkt die Qualität von Dienstleistungen.** Wenn das Gewinnprinzip an die erste Stelle gesetzt wird, steht dort nicht mehr der Mensch oder die zu erbringende Dienstleistung. Erhöht sich der Gewinn kann die Leistung schlechter werden. Druck auf die Beschäftigten führt zu weniger Zeit, zu weniger Ruhe, zu weniger Arbeitsfreude - kurz: zu schlechterer Dienstleistung.

**Privatisierung löst die Finanzprobleme von Kommunen oder Staat nicht.** Selbst wenn die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen oder Gesellschaften Geld erlöst, so immer nur kurzfristig. Auf längere Sicht bedeutet Privatisierung fast immer eine finanzielle Mehrbelastung.

### Schwarzmalerei oder Erfahrung?

Wer länger in Krefeld lebt, hat seine Erfahrung mit der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge schon gemacht. 1989 wurde die Krefelder Müllentsorgung privatisiert, 49% der Anteile hielten danach private Unternehmer wie z.B. Hellmut Trienekens. Waren bis dahin die Müllgebühren nur moderat gestiegen - im Schnitt weniger als 3% im Jahr -, so kam es danach zu einer wahren Gebührenexplosion. Wie das Schaubild zeigt, erhöhten sich bis 1993 diese Müllgebühren um mehr als 140%, bis heute sind sie im Jahresdurchschnitt um mehr als 15% gestiegen. 2005 haben die Stadtwerke Krefeld die Anteile der Privaten übernommen, und auch die Gebührenkurve zeigt nun wieder nach unten.



### Vom Regen zwangsläufig in die Traufe?

Öffentliche Unternehmen stehen häufig im Ruf, ineffektiv zu arbeiten. Wo das zutrifft, liegt der Grund oft in Vorgaben, die von der Politik gemacht werden. Gerät ein solches Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten, dann drängen